

der stellvertretende Direktor der Abteilung für Rentner im Ministerium für Personal, mitteilte, hätten einige Pensionäre unter einem sinkenden Lebensstandard zu leiden.

Nach Liu hätten jene, die vor zehn Jahren pensioniert worden wären, immer noch niedrige Renten, weil der durchschnittliche Lohnsatz damals niedrig war. Viele dieser Menschen seien nun in wirklichen Schwierigkeiten, und zwar wegen der schnell steigenden Preise.

In den letzten Jahren seien die durchschnittlichen Löhne ständig gestiegen. Menschen, die nach 1985, als die nationale Lohnreform durchgeführt wurde, in Pension gegangen seien, erhalten eine höhere Pension, weil diese als Proportion zu den ursprünglichen Löhnen der Rentner festgesetzt würde. Die Löhne und Boni würden ansteigen, doch die Renten blieben unverändert.

Gegenwärtig hätten fast alle Regierungsorgane und Unternehmen eine Abteilung, die sich um die Pensionäre kümmere. Die staatliche Politik erlaube es den pensionierten Technikern und Angehörigen der freien Berufe, eine bezahlte Beschäftigung anzunehmen.

Pensionierten Regierungsbeamten auf der Ebene der Kreise oder darüber sei es jedoch verboten, sich im Geschäftsleben zu betätigen. Die politisch Verantwortlichen fürchten, daß diese Menschen ihren früheren Einfluß und ihre früheren Verbindungen dazu benutzen könnten, Gewinne zu machen und illegal tätig zu werden.

Aufgrund der staatlichen Politik würden die Pensionäre in zwei Teile eingeteilt. Die 1,51 Millionen Pensionäre, die die revolutionäre Arbeit vor der Gründung der Volksrepublik aufgenommen hätten, erhalten einen vollen Prozentsatz ihrer ursprünglichen Löhne und eine Menge weiterer Vergünstigungen. Weitere 700.000 Menschen dieses Typs werden innerhalb der nächsten vier Jahre pensioniert.

Diejenigen, die nach 1949 auf der staatlichen Gehaltsliste standen, erhalten eine Pension in Höhe von 60-75% ihrer ursprünglichen Löhne. Diese 3,18 Millionen Pensionäre erhalten auch Leistungen aus der sozialen Wohlfahrt, jedoch weniger günstiger als die anderen.

Liu erklärte, daß die Anzahl der Pensionäre jährlich mit 1 Million ansteige. Ein Höhepunkt wird in zehn Jahren erreicht sein.

Die meisten Pensionäre erhalten ihre Pensionen von ihrer ursprünglichen Arbeitseinheit. So wird die Last der älteren Unternehmen und Regierungsinstitutionen immer schwerer. Man probiere nun ein Versicherungssystem aus, um diese Lasten zu reduzieren.

Liu wies darauf hin, daß in China das Pensionsalter auf 60 Jahre für Männer und 55 Jahre für Frauen festgesetzt worden sei. Dennoch würde dies an einigen Orten nicht durchgeführt werden. Tatsache ist, daß man umso höhere Pensionen bezieht, je später man sich zurückzieht, weil die Löhne ansteigen.

Viele Pensionsprobleme werden gelöst werden, wenn das System des öffentlichen Dienstes voll eingeführt sei und wenn es ein erfolgreiches Sozialversicherungsnetz geben werde. (China Daily, 24.2.89) -lou-

Taiwan

***(29) Verstärkte Wirtschaftsbeziehungen zu Europa**

Die halbamtliche Organisation Taiwans für Außenhandelsentwicklung CETRA (China External Trade Development Council) hat am 3.März in Düsseldorf (Willi-Becker-Allee 11) und am 6.März in Hamburg (Neuer Wall 50) je ein Taiwan Trade Center offiziell eröffnet. Ein weiteres CETRA-Handelszentrum wird Anfang Juli in Rotterdam seinen Betrieb aufnehmen. Außerdem hat die taiwanische Wirtschaftsvertretung in der Bundesrepublik, das Far East Trade Service Center, jetzt neben Hamburg und Frankfurt auch in Stuttgart ein Büro. (ZYRB, 5.3.89; LHB, 6.3.89; Freies Asien, Bonn, 23.3.89)

Bereits im Juni letzten Jahres hatte die taiwanische Internationale Handelsgesellschaft ein privates Handelszentrum in Hamburg eingerichtet. Insgesamt

ist Taiwan inzwischen mit über zwanzig Firmen in der Hansestadt vertreten. Dazu gehört die größte Container-Reederei der Welt, die Evergreen-Linie. (Hamburger Abendblatt, 3. u. 7.3.89)

Im Hinblick auf die Gründung eines EG-Binnenmarktes 1992 billigte das Kabinett in Taipei einen Plan des Wirtschaftsministeriums zur Stärkung der Handelsbeziehungen mit Europa. Danach sollen Unternehmen gefördert werden, das Verkaufnetz in Europa weiter auszubauen, noch mehr Warenverteilungshäuser und Ausstellungszentren einzurichten und Ver- und Einkaufsdelegationen nach Europa zu senden. (CP, 31.3.89) Im letzten Jahr betrug der Gesamtwert des Handels zwischen Taiwan und Europa rund 18 Mrd.US\$, 36% mehr als 1987. Taiwans Exporte nach Europa stiegen um 25% auf 10 Mrd.US\$, die Importe aus Europa um 52% auf 8 Mrd.US\$. Der Handelsüberschuß zugunsten Taiwans fiel um 28% auf 2 Mrd.US\$. Der Anteil der Exporte nach Europa am Gesamtexportwert Taiwans betrug 16,3% und der Importe aus Europa am Gesamtimportwert 16,1%. (FCJ, 6.2. u. 9.3.89)

Die Bundesrepublik ist der größte Handelspartner Taiwans in Europa. Im letzten Jahr hatte das Gesamthandelsvolumen zwischen beiden Seiten mit 4.470 Mio.US\$ einen Zuwachs von 23,5% zu verzeichnen. Taiwan exportierte Waren im Wert von 2.337 Mio.US\$ in die Bundesrepublik und importierte Waren im Wert von 2.132 Mio.US\$ aus der Bundesrepublik. (LHB, 12.3.89).

Nicht nur in Westeuropa, sondern auch in Osteuropa verstärkt Taiwan seine Handelsaktivitäten. Zwischen Taiwan und den drei osteuropäischen Staaten DDR, Ungarn und Jugoslawien bestehen seit Mitte März Meistbegünstigungsvereinbarungen im bilateralen Handel (LHB, 16.3.89), und am 21.März genehmigte das Kabinett in Taipei die Gründung eines Handelsbüros des CETRA in Ungarn. Bisher hatte Taiwan noch keine Wirtschaftsvertretung in einem sozialistischen Land. (LHB, 22.3.89; FCJ, 27.3.89) Im letzten Jahr betrug Taiwans Außenhandel mit Osteuropa rund 418 Mio.US\$, 52,6% mehr als

1987. Taiwans Exporte nach Osteuropa stiegen um 19,4% auf 90 Mio.US\$ und die Importe aus Osteuropa um 64,5% auf 327 Mio.US\$. (ZYRB, 2.3.89) -ni-

*(30)

Li Denghuis Besuch in Singapur

Staatspräsident Li Denghui (Lee Teng-hui) hielt sich vom 6. bis 9. März zu einem viertägigen offiziellen Besuch in Singapur auf. In seiner Begleitung befanden sich 14 führende Regierungspolitiker, darunter Außenminister Lian Zhan (Lien Chan), Verteidigungsminister Zheng Weiyuan (Cheng Weiyuan), Wirtschaftsminister Chen Li'an, der Bürgermeister der Stadt Taipei, Wu Boxiong (Wu Pohsiung) u.a. (ZYRB, LHB u. CP, 5.-10.3.89; FCJ, 6., 9. u. 13.3.89)

Der Stadtstaat Singapur, dessen Einwohner überwiegend ethnische Chinesen sind, unterhält weder zu Beijing noch zu Taipei diplomatische Beziehungen, aber enge Wirtschaftsverbindungen mit beiden chinesischen Seiten. Ministerpräsident Lee Kuan Yew (Li Guangyao) besucht häufig Beijing und Taipei und gilt besonders als ein guter Freund des verstorbenen Staatspräsidenten Jiang Jingguo (Chiang Chingkuo), Li Denghuis Vorgänger. Zuletzt hielt er sich vom 19. bis 23. Februar d.J. in Taiwan auf, - insgesamt ist er zwanzigmal inoffiziell zu Besuch auf der Insel gewesen. Andererseits hat seine Regierung schon in den 70er Jahren erklärt, daß sie diplomatische Beziehungen zu Beijing aufnehmen werde, wenn alle anderen ASEAN-Staaten diesen Schritt unternähmen - zur Zeit haben neben Singapur nur noch Indonesien und Brunei keine diplomatische Beziehungen zu Beijing; allerdings haben am 23. Februar d.J. Indonesiens Präsident Suharto und der chinesische Außenminister Qian Qichen in Tokyo vereinbart, über die Wiederaufnahme der 1967 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen beider Staaten zu verhandeln.

In Taiwan wurde Li Denghuis Singapur-Besuch sehr hoch gewertet. Es war nicht nur die erste Auslandsreise seit seinem Amtsantritt als Präsident im letzten Jahr, sondern auch der zweite offizielle Auslandsbesuch überhaupt eines Präsidenten der Republik China mit Regierungssitz in Taiwan seit 1949 - vor zwölf Jahren hatte der damalige

Präsident Yan Jiagan (Yen Chia-kan) einen Staatsbesuch in Saudi-Arabien abgestattet.

Die Taipeier Regierung beansprucht wie Beijing die Alleinvertretung für das gesamtchinesische Reich. Zur Zeit unterhält Taiwan aber nur noch mit 23 Staaten diplomatische Beziehungen. Um aus der außenpolitischen Isolation herauszukommen, zeigt sich die Regierung bereit, von ihrem Standpunkt der "Hallstein-Doktrin" abzuweichen. Seit einigen Monaten reden auch führende Politiker häufig von "flexibler Diplomatie", d.h. mit anderen Worten, eine Anerkennung von zwei chinesischen Regierungen zu akzeptieren. So betrachtete man den Besuch von Li Denghui in Singapur als eine Probe der neuen Außenpolitik.

Kurz vor Li Denghuis Reiseantritt hatten die singapurischen Medien die Nachricht verbreitet, daß die Singapur-er Regierung Indonesien folgen werde, diplomatische Beziehungen zu Beijing aufzunehmen. Dies, so hieß es, habe der Erste Vizeministerpräsident und Verteidigungsminister von Singapur, Goh Chok Thong (Wu Zuodong), am folgenden Tag nach der Vereinbarung zwischen Suharto und Qian Qichen in Tokyo, am 24. Februar d.J., in einem Interview gegenüber der japanischen Zeitung *Nihon Keizai Shimbun* geäußert. Im Gegensatz zur taiwanesischen Presse wurde offenbar auf Anweisung der Regierung in der Singapur-er Presse über den Besuch Li Denghuis nur sehr kühl und spärlich berichtet. Außerdem wurde Li als "Präsident aus Taiwan" statt mit dem offiziellen Titel "Präsident der Republik China" bezeichnet.

Etwas befremdend wirkte auch, daß Singapurs Staatspräsident, Wee Kim Wee (Huang Jinhuei), als Gastgeber gerade während des Besuchs von Li Denghui einen Krankenurlaub machte, um sich wegen Darmkrebs in einer Klinik chemotherapeutisch behandeln zu lassen. Für den Empfang des hohen Gastes aus Taiwan wurde extra ein pensionierter Politiker, Lim Kim San (Lin Jinshan), als vorübergehend amtierender Präsident eingesetzt. Es ist offenkundig, daß Singapurs Regierung mit Rücksicht auf ihre Beziehungen zu Beijing beabsichtigte, Li Denghuis Besuch nach außen hin einen möglichst

privaten Charakter zu verleihen, um nicht den Anschein einer Anerkennung der Republik China in Taiwan zu wecken.

Am 8. März, noch während Präsident Li Denghuis Besuch, bekräftigte Ministerpräsident Lee Kuan Yew vor der taiwanesischen Presse den Standpunkt Singapurs von "einem China" seit 1971 und Taiwan als einen Teil Chinas. Er bestätigte, daß seine Regierung nach Jakarta diplomatische Beziehungen zu Beijing aufnehmen werde. Er sei von der indonesischen Seite darüber informiert, daß eine Übereinkunft zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Jakarta und Beijing innerhalb eines Jahres getroffen werden solle.

Abgesehen von den protokollarischen Formalitäten wurde Li Denghui in Singapur warm empfangen. Neben seiner Begegnung mit dem provisorisch amtierenden Präsidenten Lim Kim San führte er Gespräche mit Ministerpräsident Lee Kuan Yew, dem Ersten Vizeministerpräsidenten Goh Chok Thong und besuchte auch Präsident Wee Kim Wee im Krankenhaus. Nach seiner Rückkehr sagte er am 9. März auf einer Pressekonferenz auf dem Taipeier Flughafen, er sei zwar damit nicht zufrieden, daß man ihn in Singapur als "Präsidenten aus Taiwan" bezeichnet habe, aber er könne es auch akzeptieren. Seine Regierung lege in der Gegenwart mehr Wert auf die substantiven Beziehungen zu einem Land als auf Benennungen. Er betonte, daß er in Zukunft die Einladung jeden Landes annehmen möchte, auch wenn es diplomatische Beziehungen zu Beijing unterhalte. Er sagte, die Beziehungen Singapurs zu Beijing und die zu Taiwan seien zwei verschiedene Sachen und dementierte zugleich die in der Vergangenheit häufig aufgetauchten Gerüchte, daß Ministerpräsident Lee Kuan Yew ein Vermittler zwischen Beijing und Taiwan sei.

Ein konkretes Ergebnis von Li Denghuis Besuch waren die Gespräche über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Taiwan und Singapur. Die Wirtschaftsminister beider Seiten haben eine Absichtserklärung getroffen, einen Investitionsvertrag und ein sich auf die GATT-Bestimmungen stützendes Handelsabkommen abzuschließen. Dazu wurde prinzipiell vereinbart, unregelmäßig Gespräche auf Minister-ebene abzuhalten.

Vermutlich werden beide Seiten auch über ihre Beziehungen nach einer Aufnahme der diplomatischen Beziehungen Singapurs zu Beijing gesprochen haben. Da Hongkong 1997 von Beijing zurückgenommen wird, ist Taiwan vor allem daran interessiert, Singapur als einen neuen Transithafen im indirekten Handel Taiwans mit dem chinesischen Festland zu benutzen - bislang lehnt Taiwan direkten Kontakt mit Beijing ab.

Neben engen Wirtschaftsbeziehungen bildet Taiwan seit langer Zeit einen Teil der Streitkräfte Singapurs aus. Dies wurde am 9. März von Singapurs Erstem Vizeministerpräsidenten und Verteidigungsminister, Goh Chok Thong, vor den taiwanesischen Presse-reportern zum erstenmal offiziell bestätigt. Er hoffe, daß dieses Projekt der militärischen Zusammenarbeit auch nach einer Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Singapur und Beijing weitergeführt werden könne. -ni-

* (31) Devisenhandel weiter liberalisiert

Die Zentralbank in Taipei führte am 27. März eine Reform im Devisenhandel ein: Ab 3. April werden der täglich amtlich fixierte Mittelkurs und die Abweichungen von jeweils 2,25% abgeschafft. Die Kursveränderung wird dem Markt allein überlassen. Davon ausgenommen sind kleine Wechsel unter 30.000 US\$. Dafür wird ein Richtkurs von neun Banken (fünf öffentliche und vier private in Rotation) täglich ermittelt. Der Wechselkurs zwischen den einzelnen Banken und den Kunden darf sich jeweils bis zu 0,10 NT\$ in beiden Richtungen vom Richtkurs bewegen. Der Richtkurs darf sich innerhalb eines Tages mehrmals verändern, doch muß der Anstieg oder der Fall des Wechselkurses pro Tag innerhalb einer maximalen Grenze von 0,20 NT\$ bleiben.

Um die Spekulationen in Grenzen zu halten, dürfen ausländische Banken pro Tag nicht über 20 Mio. US\$ und einheimische Banken nicht über 50 Mio. US\$ Devisen kaufen. Andererseits wird die Deviseneinfuhr aus dem Ausland für eine Einzelperson weiter jährlich auf 50.000 US\$ beschränkt.

Der Plan zur Liberalisierung des Devisenhandels war schon seit zwei Jahren in Diskussion. Dennoch kam die Reform überraschend, weil es weder eine Devisenbörse noch ein Devisenmaklerhaus gibt - vorläufig übt eine Vorbereitungsgruppe die Maklerfunktion aus. Die unerwartete Entscheidung ist offensichtlich unter dem Druck der US-Regierung gefällt worden. Wegen des noch immer übermäßig hohen Handelsüberschusses Taiwans erzwang Washington in der letzten Zeit wieder eine drastische Aufwertung des Neuen Taiwan-Dollars (NT\$) und hielt der Zentralbank in Taipei vor, eine entsprechende Aufwertung der einheimischen Währung durch Einschränkungen und Interventionen zu unterbinden.

Die Ankündigung der Devisenhandelsreform folgte unmittelbar auf eine bilaterale Verhandlung vom 20. bis 23. März zwischen beiden Seiten über das Problem in Hawaii. Obwohl der Direktor der Taipeier Zentralbank, Zhang Jizheng, eine Verpflichtung Taiwans gegenüber den USA in bezug auf den Devisenhandel dementierte, glaubt man fest an einen Zusammenhang zwischen den beiden Vorgängen.

Einige Finanzexperten halten die Reform für halbherzig und bezweifeln ihre Funktionsfähigkeit. Denn es gibt beim Handel mit Devisenwechseln zwischen Banken und Kunden, wie gesagt, noch einen Richtkurs und die maximalen Margen für Abweichungen. Außerdem können die staatlichen Banken bei der Bestimmung des Richtkurses kraft ihrer Mehrheit gegenüber den Vertretern der privaten Banken in einem Verhältnis von 5 : 4 den Ton angeben. Was die Devisentransaktionen zwischen den Banken angeht, bleiben die Teilnehmer prinzipiell nach außen hin anonym. Infolgedessen kann die Zentralbank hinter den Kulissen auf dem Markt weiter intervenieren. Falls Taiwans Handelsüberschuß gegenüber den USA so hoch bleibt (1988 nach taiwanesischen Angaben 11,6 Mrd. US\$, nach US-Statistiken 12,67 Mrd. US\$), wird Washington Taipei sicher erneut unter Druck setzen, den Neuen Taiwan-Dollar aufzuwerten oder den Devisenmarkt weiter zu liberalisieren. (LHB, 24.-25. u. 28.3.89; CP, 27.-28.3.89; FCJ, 30.3.89) -ni-

* (32)

Großes Loch im Haushaltsplan

Im Staatshaushaltsplan für das Fiskaljahr 1990 (Juli 89 - Juni 90), den der Exekutiv Yuan (Kabinett) dem Legislativ Yuan (Parlament) zur Debatte vorgelegt hat, beträgt das Ausgabenvolumen 699,74 Mrd. NT\$ (1 US\$ = 27,2 NT\$), 24,6% oder 138,2 Mrd. NT\$ mehr als im laufenden Fiskaljahr. Gegenüber den veranschlagten Einnahmen besteht somit eine Lücke von 157,8 Mrd. NT\$, was 22% der Gesamtausgaben entspricht und die höchsten je dagewesenen roten Zahlen darstellt. Um dieses Loch zu stopfen, wird die Regierung laut Plan neben der Verwendung des Überschusses von 56,9 Mrd. NT\$ aus dem vorigen Haushaltsjahr und einer Kreditaufnahme von 836 Mio. NT\$ öffentliche Anleihen in Höhe von 100 Mrd. NT\$ ausgeben.

Von den Gesamtausgaben entfallen 30,4% auf Verteidigung, 18,2% auf Sozialpolitik, 17,6% auf Wirtschaftsentwicklung und 15% auf Bildung. Der Erklärung des zuständigen Amtes für Statistik und Budget zufolge ist der Anteil der Verteidigung an den Gesamtausgaben beim Jahresvergleich um 3,6% gesunken, aber die absolute Zahl der Ausgaben für Verteidigung mit knapp 212,94 Mrd. NT\$ um 22 Mrd. NT\$ gestiegen. 30% der Ausgaben sind für die Herstellung bzw. Anschaffung neuer Kampfflugzeuge, Kriegsschiffe sowie anderer Waffen und Einrichtungen vorgesehen, was denn auch die tatsächliche Steigerung der Verteidigungsausgaben ausmacht. Dagegen sollen im Personalsektor durch Abbau eines Kontingents von 8.865 Soldaten 1.315,8 Mio. NT\$ eingespart werden. In der Antwort auf eine Anfrage im Gesetzgebungs Yuan erklärte der Direktor des Amtes für Statistik und Budget, Yu Jianmin, daß der Anteil des Verteidigungsetats am Brutto-sozialprodukt 1981-1986 im Durchschnitt 6,8% betragen habe; damit stehe Taiwan weltweit an 10. Stelle hinter Irak mit 35,3%, Israel mit 22,5%, Saudi-Arabien mit 17,4% und dem Iran mit 13,7%.

Die Opposition warf der Regierung wie schon im letzten Jahr ein Zahlenspiel vor. Ein großer Ausgabenposten für die 14 militärischen Hochschulen und andere Institute für Waffenfor-

schung sei statt unter Verteidigung unter der Position Bildung und Forschung aufgeführt. Außerdem seien die Posten Pensionen und andere Auszahlungen für die aus dem aktiven Dienst ausgeschiedenen Militärangehörigen zu den Ausgaben für Sozialpolitik gezählt worden. Wenn man all diese Gelder zu den militärischen Ausgaben hinzurechnet, dann beliefe sich der Anteil der Verteidigungsausgaben auf 43,2% des Gesamthaushalts.

Art. 164 der Republik China sieht einen Mindestanteil von 15% der Gesamtausgaben der Zentralregierung für den Bereich Bildung, Forschung und Kultur vor. Den Zahlen zufolge wurde im neuen Haushaltsplan diese obligatorische Vorschrift erstmals in der Geschichte der Republik China eingehalten. Zieht man jedoch die Ausgaben für die Militärakademien und Waffenforschungsinstitute ab, ist diese Zielvorgabe wieder in weite Ferne gerückt. (LHB, 12., 16.-17. u. 25.3.89; Taiwan Gonglunbao, Gardena, USA, 27.3.89) -ni-

Hongkong und Macau

*(33)

Haushaltsbericht der Hongkonger Regierung

Für das am 31. März abgelaufene Fiskaljahr 1988-1989 erwartete Hongkongs Finanzminister Piers Jacobs in seinem Haushaltsbericht vor dem Legislativrat vom 1. März einen Rekordüberschuß von 14,2 Mrd. HK\$ (umgerechnet 1,82 Mrd. US\$), 1,6fach höher als die ursprüngliche Schätzung im letzten Jahr von 5,5 Mrd. HK\$ und 5 Mrd. HK\$ höher als der bisherige höchste Überschuß im Jahre 1981 mit 9,3 Mrd. HK\$. Seinen Angaben zufolge hatte Hongkongs Wirtschaft in den letzten drei Jahren ein durchschnittliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 11% zu verzeichnen. Allerdings ist die Zuwachsrate 1987-1988 von 14% auf 7,5% gefallen, und für dieses Jahr sagte der Minister eine noch niedrigere Steigerung von 6% voraus. Das Pro-Kopf-BIP wird damit eine Höhe von 85.600 HK\$ (umge-

rechnet 10.975 US\$) erreichen. Ferner rechnete er mit einer Beschleunigung der Inflation von 7,5% (1988) auf 8,5% in diesem Jahr und einer Zunahme des Handelsdefizits von 8,1 Mrd. HK\$ auf 12,6 Mrd. HK\$.

Angesichts des hohen Überschusses im abgelaufenen Haushaltsjahr sieht die Regierung in dem neuen Budget für 1989-1990 eine Reihe von Steuererleichterungen vor, z.B. die Herabsetzung des Standardsteuersatzes für private Einkommen und Gewinne jeweils um 0,5% auf 15% bzw. 16,5%, die Abschaffung der Zinssteuer und der Abgaben für Steuermarken, die Erhöhung der Abschreibungen für bestimmte Maschinen und Anlagen von 55% auf 60% sowie Anhebung der Freibeträge für private Einkommenssteuer von 29.000 HK\$ auf 32.000 HK\$ bei Ledigen und von 60.000 auf 66.000 HK\$ bei Verheirateten.

Andererseits werden die Steuern für Kohlenwasserstofföl, Alkohol und Tabakwaren, Gebühren für Handelsregistratur, Kraftfahrzeugzulassung, Führerscheinwerb u.a. erhöht. Trotz der Einnahmeverminderung von 1,1 Mrd. HK\$ durch Steuersenkungen wird im neuen Haushaltsjahr noch ein Überschuß von 11,5 Mrd. HK\$ erwartet. Die Gesamtausgaben der Regierung betragen laut Budget 70 Mrd. HK\$. Von den Gesamteinnahmen entfallen 65% auf Direktsteuer. (DGB, 3.3.89; XNA, 2.-3.3.89; AWSJ, 2.3.89) -ni-

*(34)

Geringe Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Stadt- und Regionalrat in Hongkong

Am 9. März fanden Wahlen für den Stadtrat der Ballungsgebiete Hongkong und Kowloon und für den Regionalrat der New Territories statt. Insgesamt gibt es über 1,211 Mio. registrierte Wähler, doch nur 213.352 davon sind zur Wahlurne gegangen, das entspricht einer Wahlbeteiligung von 17,6% und liegt damit weit hinter der vorletzten Wahl mit 26,9%. Auch die Zahl der Kandidaten war mit 53 um 26 niedriger als das vorletzte Mal. Von den 19 Gewählten haben 7 ohne Gegenkandidaten in ihrem Wahlbezirk automatisch gewonnen. (DGB, 10.-11.3.89; LHB, 11.3.89)

In der "katastrophal" niedrigen Wahlbeteiligung zeigt sich, wie Professor Deng Longwei von der Chinesischen Universität behauptete, wiederholt das politische Desinteresse der Hongkonger Bevölkerung. Aber die niedrige Wahlbeteiligung ist offenbar auch darauf zurückzuführen, daß die Stadträte nur unbedeutende Aufgaben wie z.B. die Beaufsichtigung der hygienischen Einrichtungen von Restaurants, Läden, Schlachthöfen usw. zu erfüllen haben. -ni-

*(35)

Portugals Präsident Soares in Macau

Der portugiesische Staatspräsident Mario Soares hielt sich nach der Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen japanischen Kaiser Hirohito zu einem viertägigen Besuch (28.2.-3.3.) in Macau auf. Die portugiesische Kolonie wird laut Vereinbarung zwischen Lissabon und Beijing 1999 an China zurückgegeben werden.

Soares, der zum erstenmal Macau suchte, äußerte auf einem Bankett zu seinen Ehren seine Zuversicht über die Zukunft des Territoriums und ermutigte den Gouverneur von Macau, Carlos Melancia, die schwierigen Aufgaben während der Übergangszeit zu überwinden. Vor der Legislativversammlung Macaus rief er alle Einwohner zum Konsens für die Entwicklung des Territoriums auf. (XNA, 1.-2.3.89)

In der Presse Hongkongs und Macaus waren in letzter Zeit häufiger Berichte über eine "unharmonische Lage der Politik" in Macau erschienen. Im Vergleich zu Hongkong, so hieß es, hat die portugiesische Regierung zu wenig für einen reibungslosen Übergang getan. Sowohl in der Personal- als auch in der Sprachenfrage z.B. werden fortwährend die portugiesischen Interessen mehr bevorzugt als die der einheimischen Bevölkerung - überwiegend Chinesen.

Mitte Februar hat die chinesisch-portugiesische Liaisongruppe für den Übergang der portugiesischen Kolonie in den Besitz Chinas ihren Sitz in Macau eingerichtet. Am 8. März wurde der Vertrag zum Bau eines internationalen Flughafens in Macau zwischen Gouverneur Melancia und einem Konsortium für das Projekt offiziell unterzeichnet. Das Projekt - mit einer Investition von 192 Mio. US\$ und einer der langfristigen Entwicklungsprogramme Macaus - soll nach Plan 1993 fertiggestellt werden. (XNA, 10.3.89) -ni-